

Das Börsenbarometer dreht auf Sturm

## Jetzt aussteigen!

Am deutschen Aktienmarkt geht es stetig bergauf. War der Dax im September 2011 nochmals auf 5.100 Zähler gefallen, so kratzt er nun seit Wochen an der 10.000-Punkte-Marke. In nicht einmal drei Jahren also hat sich der Zählerstand des wichtigsten deutschen Börsenbarometers verdoppelt. Ganz ähnlich sieht es beim Dow Jones, dem US-amerikanischen Leitindex, aus. Der lag im September 2009 bei 6.600 Zählern; vor kurzem riß er jedoch die 17.000-Punkte-Marke. Für Anleger ist das eine feine Sache, da haben große Haie und kleine Fische, die Aktien in Form von Fonds oder via fondsgebundene Rentenversicherungen halten, viel Geld verdient.



VON  
MARKUS  
BRANDSTETTER

»Wenn eine Party sehr schön war, taucht bald die Frage auf, wann sie zu Ende geht.«

Wenn eine Party sehr lange sehr schön war, dann taucht bald die Frage auf, wann sie zu Ende geht. Der britische *Economist* sieht erste dunkle Wolken am Horizont aufziehen. Der statistische Grund dafür liegt in der niedrigen Volatilität der Aktienkurse. Unter Volatilität versteht man das Ausschlagen der Aktienkurse nach oben oder unten. Je größer und heftiger die Ausschläge über einen bestimmten Zeitraum andauern, desto höher die Volatilität.

Statistiken belegen, daß die Ausschläge an den Aktienmärkten aktuell so gering sind wie seit 2007 nicht mehr. Die historische Erfahrung lehrt, daß diese Entwicklung nicht Friede, Freude, Eierkuchen signalisiert, sondern die Ruhe vor dem Sturm. Zwei Gründe gibt es für den Höhenflug auf den Aktienmärkten:

Erstens, die seit Jahren anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und der US-amerikanischen Fed. Zweitens, die Erholung bei den Unternehmensgewinnen in Deutschland und den USA, die im Verhältnis zum BIP historische Höchststände erreicht haben. Beide Faktoren haben zu einem stetigen Zustrom von Geld in die Aktienmärkte geführt.

Aber genau dann, wenn die See am ruhigsten scheint, kann schon eine Böe das Boot ins Schwanken bringen. Jede Anhebung der Leitzinsen würde zu panikartigen Reaktionen an den Börsen führen. Eine plötzliche Verschlechterung bei den Unternehmensgewinnen, ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen, eine Krise in China, ein plötzliches Ansteigen der Inflationsraten – dies alles könnte die augenblickliche Ruhe und Zuversicht praktisch über Nacht stören und dann zu rasch sinkenden Börsenkursen führen.

Nach dem alten Börsenkalender hält der Optimismus wie die Sommerperiode über die Sommermonate an, bevor im Oktober und November die Stimmung kippt. Allein deshalb erscheint es im Moment ratsam, eigene Investments zu überprüfen, Gewinne mitzunehmen und sich darüber zu freuen. Menschen, die auf Rente oder Pension zusteuern und einen Teil ihres Vermögens in Aktien und Fonds angelegt haben, sollten überlegen, ob jetzt nicht der richtige Zeitpunkt für den Ausstieg gekommen ist.

Der Mindestlohn geht zu Lasten der Arbeitslosen

## Tiefschlag

Von Dirk Meyer

Der gesetzliche Mindestlohn kommt. Das „Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie“ schafft die Tarifautonomie faktisch ab. Angesichts von etwa 40 Tarifverträgen mit Abschlüssen unter dem neuen Mindestlohn von 8,50 Euro ist das ein Tiefschlag gegen die regional und branchenspezifisch dezentrale Selbstbestimmung der Tarifpartner. Ab 2016 tagt eine zentrale Mindestlohnkommission der Tarifpartner, die die Lohnhöhe anpassen soll. Arbeitslose sitzen nicht am Verhandlungstisch. Doch gerade sie sind erwartungsgemäß die Opfer der dirigistischen Maßnahme.

Der Mindestlohn ist weder erforderlich noch geeignet, noch angemessen. Nicht erforderlich, weil das Arbeitslosengeld II das sozial-kulturelle Existenzminimum hinreichend absichert. Umgerechnet auf 174 Monatsarbeitsstunden ergibt sich ein sozialer „Mindestlohn“ aus Regelsatz und Warmmiete von etwa 4,50 Euro für Alleinlebende bis hin zu 10,60 Euro für eine Familie mit zwei Kindern.

Nicht geeignet, weil von den derzeit etwa fünf Millionen Beschäftigten mit einem Lohn unter 8,50 Euro lediglich 1,3 Millionen Aufstocker sind, die zusätzlich zum Lohn Sozialleistungen beziehen. Die Differenz von 3,7 Millionen Arbeitnehmern läßt vermuten, daß ein Großteil in Haushalten lebt, deren Einkommen keinesfalls existenzgefährdend ist.

Am Ende bluten Arbeitslose für den Vorteil der Jobhalter. Studien zu den zwölf Branchen mit einem Arbeitnehmer-Entsendegesetz belegen außer bei Gebäudereinigern negative Beschäftigungseffekte. Letztlich ist der Mindestlohn einer Marktwirtschaft unangemessen, in der der Kunde indirekt über den Kauf eines Produktes den Arbeitnehmer entlohnt. Sollte die Gesellschaft eine höhere Wertschätzung seiner Arbeit haben, so könnte sie den Lohn direkt subventionieren.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.



Stählerne Wertarbeit – vorerst noch aus Deutschland: Der Leopard 2 A6 kann mit seiner Glattrohrkanone auf sechs Kilometer zielgenau feuern

## Waffenschlußverkauf

Wehrtechnik: Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann plant die Fusion mit französischem Staatskonzern Nexter

HANS BRANDLBERGER

Das Vorbild sei Airbus, kommentierte Jean-Yves Le Drian in einem Interview mit der Finanzzeitung *Les Échos* die Fusionspläne der Rüstungskonzerne Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und Nexter. Wahrscheinlich wollte der französische Verteidigungsminister damit bloß die heimische Öffentlichkeit beruhigen. In deutschen Ohren klingt es eher wie eine Drohung.

Als die Airbus Group im Jahr 2000 unter dem damaligen Namen EADS aus der Taufe gehoben wurde, hieß es ebenfalls, man wolle einen schlagkräftigen europäischen Konzern schmieden, in dem die beteiligten Partnernationen nicht zu kurz kämen. Tatsächlich werden die Fäden heute in Toulouse im Sinne französischer Industriepolitik gezogen. Droht „Kant“ – das Akronym steht für „KMW und Nexter together“ – nun ein ähnliches Schicksal?

Auf dem Papier handelt es sich um einen Zusammenschluß unter Gleichen.

Beide Unternehmen erzielten im vergangenen Jahr einen Umsatz von etwa 800 Millionen Euro und zählen damit in der globalen Rüstungsbranche zu den Leichtgewichten. Während Nexter ein bescheidenes Wachstum vorweisen konnte, befand sich KMW weiter im Sturzflug. Seit 2008 haben sich die Umsätze nahezu halbiert. Die Auftragsbücher scheinen in München zwar etwas besser als in Versailles gefüllt zu sein. Da KMW mit Informationen geizt, läßt sich aber nicht ausschließen, daß dazu strittige Exportgeschäfte zählen, die noch am politischen Veto scheitern können.

### Politische Weisung statt wirtschaftliches Kalkül

Im Nebel liegt, ob in das Gemeinschaftsunternehmen mit „Nexter Systems“ lediglich jener Unternehmensteil eingebracht werden soll, in dem die Landsysteme und hier insbesondere die gepanzerten Fahrzeuge angesiedelt sind. Nexter trägt einen ganzen Bauchladen von Aktivitäten vor sich her, die zu kleinteilig und zu sehr auf die französischen Streitkräfte ausgerichtet sind,

als daß sie unter dem Dach eines auf Heerestechnologie spezialisierten internationalen Unternehmens wirtschaftlich fortzuführen wären.

Es stellt sich die Frage, wie Nexter und KMW in ihrem Kerngeschäft zu einer schlagkräftigen Einheit zusammenfinden können. Die Produktpaletten der Partner überschneiden sich mehr, als daß sie sich ergänzen würden. Beide Unternehmen haben, vom Kampfpanzer über geschützte Führungs-, Funktions- und Mannschaftstransportfahrzeuge bis hin zum Artilleriesystem, Konkurrenzprodukte im Angebot. Diese Produkte sind ausgereift und haben ihre Kunden gefunden. Nennenswerte Neugeschäfte sind in Europa nicht zu erwarten. Kostenvorteile ließen sich allenfalls durch Standardisierung gewinnen.

Was treibt ein deutsches Rüstungsunternehmen in Familienbesitz dazu, sich mit einem französischen Staatsbetrieb einzulassen, in dem im Zweifelsfall politische Weisungen und nicht betriebswirtschaftliches Kalkül den Ausschlag geben? Als vor einem Jahr Gerüchte über Gespräche zwischen KMW und Nexter aufkamen, spekulierten manche, daß die Fusionspläne lediglich den Preis für eine andere Allianz hochtreiben sollten. Rheinmetall und KMW hätten sich als „Traumpartner“ zu einem international erfolgreichen deutschen Systemhaus zusammenschließen können.

Heute, eine Bundestagswahl später und unter einem Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der in einem schwarz-roten Kabinett rot-grüne Ressortpolitik betreibt, würde dieser Weg jedoch in einer Sackgasse enden. Die deutsche Rüstungsindustrie ist nur noch zu etwa 30 Prozent durch den Kunden Bundeswehr ausgelastet – Tendenz fallend. Überleben kann nur, wer im Export erfolgreich ist und hier insbesondere, da alle EU- und Nato-Partner ihre Beschaffungsausgaben zurückfahren, auf außereuropäischen Märkten. Da es das erklärte Ziel Gabriels

ist, Ausfuhrgenehmigungen restriktiver zu erteilen, wird die Liste der Staaten, die in Betracht kommen, kleiner und kleiner. Nationale „Champions“ in der Wehrtechnik schaffen zu wollen, ist nahezu aussichtslos; man kann gerade noch rentable Aktivitäten bündeln, bis das Licht ausgeht.

Der neue Gegenwind aus Berlin torpediert aber nicht nur direkte Rüstungsexporte in vermeintliche Problemstaaten. Er erschwert auch die Lieferung von Komponenten oder Subsystemen an Partnerunternehmen in verbündeten Nationen mit weniger harschen Exportbeschränkungen. Französische, britische und amerikanische Konzerne machen bereits einen Bogen um deutsche Lieferanten, weil sie befürchten müssen, daß Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden, wenn das Endprodukt in unliebsame Drittstaaten geht.

### Perspektiven der deutschen Wehrtechnik düster

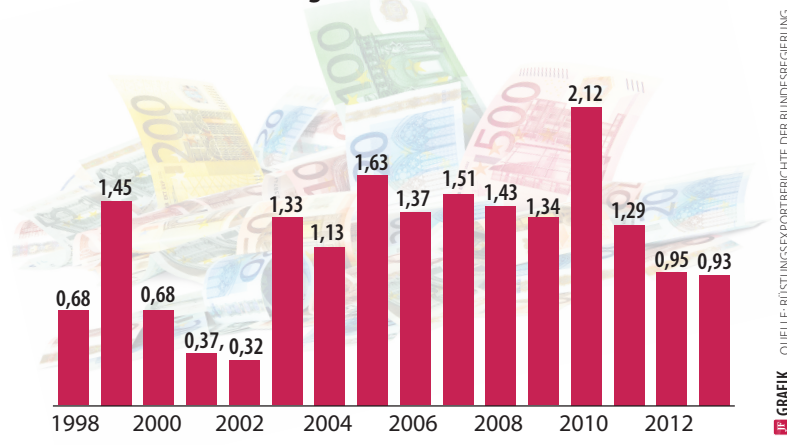
Auch die Allianz von KMW und Nexter steht unter diesem Damoklesschwert. Der französische Staat mag noch so großzügig Ausfuhren genehmigen und fördern. Solange Wertschöpfung aus Deutschland einfließt, spricht Berlin das letzte Wort. Ihr Ziel kann die Fusion daher nur erreichen, wenn Know-how, Entwicklung und Produktion in Frankreich gebündelt werden. Kommt sie zustande, sind die Perspektiven für die Arbeitsplätze in Deutschland düster, und das Engagement der KMW-Eigner könnte sich langfristig auf das eines Finanzinvestors reduzieren.

Dies läge im Trend. Die Absicht, den wehrtechnischen Standort Deutschland aufzugeben, haben auch andere Unternehmen zu erkennen gegeben. Sigmar Gabriel dürfte dies als Erleichterung, nicht als Drohung auffassen.

■ Kommentar Seite 2

## Deutsche Waffenexporte auf Talfahrt

Jährliche Ausfuhr von Kriegswaffen in Milliarden Euro



Ihr Bestellschein
JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 - Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bestelladresse, Kundennummer, Vorname/Name, Straße, PLZ/Ort, Telefon, E-Post, Datum/Unterschrift

Daniel Stelter Die Krise. Was passiert mit unserem Geld?
Philippp Bagus Warum andere auf Ihre Kosten immer reicher werden
Matthias Weik, Marc Friedrich Der Crash ist die Lösung
Hans-Werner Sinn Gefangen im Euro
Hans-Olaf Henkel Die Euro-Lügner
Matthias Weik, Marc Friedrich Der größte Raubzug der Geschichte

Michael Maier Die Plünderung der Welt
Wie die Finanz-Eliten unsere Enteignung planen

Eine Clique aus Politikern, Lobbyisten und Superreichen betreibt die Plünderung der Welt. Ungeheure Finanzströme fließen ohne demokratische Kontrolle in die Taschen weniger Profiteure. Der Herausgeber der Deutschen Wirtschafts Nachrichten spricht Klartext über das Finanzsystem.

Abbildungen können vom Original abweichen!